

Große Lehrbücher

Zwangsvollstreckungsrecht

von

Prof. Dr. Dr. h.c. Leo Rosenberg, Prof. Dr. Hans Friedhelm Gaul, Prof. Dr. Eberhard Schilken, Prof. Dr. Ekkehard
Becker-Eberhard, Dr. Panajotta Lakkis

12., völlig neubearbeitete Auflage

[Zwangsvollstreckungsrecht – Rosenberg / Gaul / Schilken / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Allgemeines](#)



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 59515 8

beck-shop.de

GAUL/SCHILKEN/BECKER-EBERHARD
ZWANGSVOLLSTRECKUNGSRECHT

beck-shop.de

ZWANGSVOLLSTRECKUNGSRECHT

begründet von

DR. DR. H. C. LEO ROSENBERG

O. Ö. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

fortgeführt von

DR. HANS FRIEDHELM GAUL

EM. O. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BONN

und

DR. EBERHARD SCHILKEN

EM. O. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BONN

DR. EKKEHARD BECKER-EBERHARD

O. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

unter Mitarbeit von

DR. PANAJOTTA LAKKIS

O. PROFESSORIN AN DER UNIVERSITÄT WÜRZBURG

12., völlig neubearbeitete Auflage



Verlag C. H. Beck München 2010

beck-shop.de

Bearbeiterverzeichnis

Professor Dr. Dr. h. c. Gaul: §§ 1–11, 31–45
Professor Dr. Schilken: §§ 47–80
Professor Dr. Becker-Eberhard: §§ 13–30, 46
Professorin Dr. Lakkis: § 12

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 9783 406 59515 8

© 2010 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Bercker Graphische Betriebe,
Hooge Weg 100, 47623 Kevelaer

Satz: Druckerei C. H. Beck

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Werk ist angesichts der Fortentwicklung des Zwangsvollstreckungsrechts in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft seit der Voraufgabe 1997 vollständig neu bearbeitet worden. Es gibt die mit der 2. Zwangsvollstreckungsnovelle 1999 einsetzende Reformgesetzgebung zum gesamten Zwangsvollstreckungsrecht der ZPO, des ZVG und des mit der Insolvenzrechtsreform gleichfalls mit Wirkung seit 1999 neu gefassten AnfG auf dem aktuellen Stand wieder. Eingearbeitet sind die Änderungen durch das RPflgÄndG 1998 sowie durch das ZPO-Reformgesetz 2002 und das Anhörungsrügensgesetz 2005 jeweils mit Auswirkungen auf das Rechtsbehelfssystem, das 1. und 2. Justizmodernisierungsgesetz von 2004 und 2006, das Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge 2007, das Risikobegrenzungsrecht 2008, das seit 1. 9. 2009 geltende FamFG über das Verfahren in Familiensachen sowie zuletzt das am 1. 7. 2010 in Kraft getretene Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes und das seit 5. 8. 2010 geltende Gesetz über die Internetversteigerung. Berücksichtigt wurde aber ebenso das erst am 1. 1. 2013 in Kraft tretende Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, das endlich die hier schon seit langem dazu unterbreiteten Reformvorschläge aufgreift. Einzubeziehen war auch das seit 1. 11. 2008 geltende MoMiG zur Modernisierung des GmbH-Rechts mit seinen rechtsformneutralen Auswirkungen auf das – insgesamt mit seinen Parallelen zur Insolvenzanfechtung – völlig neu bearbeitete Gläubigeranfechtungsrecht. Auch zu der weiterhin unter dem Schlagwort „Privatisierung“ oder „Übergang zum Beleihungssystem“ diskutierten Reform des Gerichtsvollzieherwesens wird Stellung bezogen. Verstärkt berücksichtigt ist auch die europäische und internationale Rechtsentwicklung mit dem EG-Verordnungsrecht (wie EuGVVO, EuVTVO, EuMahnVO, BagatellVO), deren Bearbeitung dankenswerterweise Frau Kollegin *Panajotta Lakkis* übernommen hat.

Eingearbeitet ist jetzt vornehmlich auch die für die Fortbildung des Zwangsvollstreckungsrechts seit Einführung der Rechtsbeschwerde in inzwischen fast neunjähriger Spruchpraxis besonders bedeutsame BGH-Judikatur, die allerdings nur selektiv auf Zulassung der Landgerichte als Beschwerdegerichte eingreift – ein teuer erkaufter Fortschritt, der leider unter Verkürzung des früher gesetzlich garantierten Instanzenzuges zu Lasten der Parteien die völlige Ausschaltung der bewährten früheren OLG-Rechtsprechung bewirkt hat. Ebenso intensiv fortgeführt ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem gerade in den letzten Jahren zunehmend dem Zwangsvollstreckungsrecht gewidmeten monographischen Schrifttum.

Die Autoren suchen das von *Rosenberg* begründete große systematische Lehr- und Handbuch zum gesamten Zivilprozessrecht in seinem damals richtungweisenden Grundcharakter mit verstärkten Kräften möglichst zu bewahren und fortzuführen, zugleich aber den gewachsenen Anforderungen der Zeit zu entsprechen. Allerdings nahm das Zwangsvollstreckungsrecht in seinem Werk nur einen relativ schmalen Raum im Verhältnis zum Erkenntnisverfahren ein. Die außerordentliche Entwicklung, die es inzwischen in Praxis und Wissenschaft genommen hat, gebietet es, dem Recht der Rechtsverwirklichung die gleiche Aufmerksamkeit entgegen zu bringen wie dem Erkenntnisverfahren sowie dem erst im Stadium des Vermögensverfalls eingreifenden Insolvenzrecht. Dies hat sich ebenso im Umfang wie in der Aufteilung des Werkes niedergeschlagen. So ist jetzt für die Bearbeitung der §§ 13 bis 30 und § 46 *Ekkehard Becker-Eberhard* hinzu gewonnen worden, ebenso wie erwähnt *Panajotta Lakkis* für die Neubearbeitung des § 12, während die §§ 1 bis 11 und die §§ 31 bis 45 in den Händen von *Hans Friedhelm Gaul* sowie die §§ 47 bis 80 bei *Eberhard Schilken* verblieben sind.

Vorwort

Sehr zu danken haben wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns bei dem Zustandekommen der Neuauflage tatkräftig unterstützt haben, namentlich Frau *Nina Schmitz*, Herrn *Dr. Andreas Gemein* und Frau *Dr. Kim J. Müller* in Bonn, Frau *Martina Roßmanith*, Herrn *Thomas Brix* und Frau *Stephanie Morgenstern* in Leipzig sowie unseren Sekretärinnen Frau *Gabriele Knott* in Bonn und Frau *Marion Kluge* in Leipzig.

Bonn/Leipzig, im August 2010

Hans Friedhelm Gaul

Eberhard Schilken

Ekkehard Becker-Eberhard

Aus dem Vorwort zur 10. Auflage (1987)

Das vorliegende Werk stellt die Fortführung des von Leo Rosenberg begründeten und 1961 zuletzt in 9. Auflage erschienenen Lehrbuchs des Deutschen Zivilprozeßrechts in seinem Teil Zwangsvollstreckungsrecht dar. Seitdem hat das Zwangsvollstreckungsrecht in Praxis und Wissenschaft eine außerordentliche Entwicklung genommen. Das ließ es geboten erscheinen, das Werk zu einem von Grund auf neu konzipierten großen systematischen Lehrbuch auszugestalten. Die dogmatischen Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts sind neu gelegt, Literatur und Rechtsprechung umfassend berücksichtigt. Besonderes Augenmerk wurde auf die Nahtstellen zu anderen Rechtsdisziplinen wie namentlich zu den sonstigen Bereichen des öffentlichen Rechts und zum Zivilrecht gerichtet. Ebenso wurde großer Wert auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung und die Verarbeitung des umfangreichen Materials gelegt, insbesondere der für die Zwangsvollstreckung äußerst wichtigen Instanzrechtsprechung wie natürlich auch der Judikatur der höchsten Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Damit wendet sich das Werk nicht nur an die wissenschaftlich Interessierten in Lehre und Ausbildung, an Studenten und Referendare, sondern auch an alle Praktiker im täglichen Umgang mit der Zwangsvollstreckung, an Richter ebenso wie an Rechtsanwälte, an Rechtspfleger wie an Gerichtsvollzieher.

Die Allgemeinen Lehren (§§ 1 bis 46) sind von Hans Friedhelm Gaul, die einzelnen Verfahrensarten einschließlich des Einstweiligen Rechtsschutzes (§§ 47 bis 80) von Eberhard Schilken bearbeitet worden. Der Charakter des Werkes als großes Lehrbuch des Zwangsvollstreckungsrechts hat sich zwangsläufig im Umfang niedergeschlagen. Um den Umfang dennoch in Grenzen zu halten, ist ein von dieser Lehrbuchreihe abweichendes kleineres Schriftbild gewählt worden.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXVII

Erstes Buch. Allgemeine Lehren

Einleitung. Die Struktur der Zwangsvollstreckung

§ 1. Begriff und Aufgabe der Zwangsvollstreckung	1
I. Die Zwangsvollstreckung als Verfahren der Rechtsverwirklichung	1
II. Rechtsordnung und Rechtszwang	4
III. Staatliches Vollstreckungsmonopol und private Rechtsdurchsetzung ...	5
IV. Die Zwangsvollstreckung als öffentliches Recht	7
1. Die öffentlichrechtliche Struktur der Zwangsvollstreckung	7
2. Öffentlichrechtliche Aufgabenwahrnehmung durch die Organe	8
3. „Privatisierung“ des Gerichtsvollzieherwesens durch Übergang zu einem „Beleihungssystem“?	9
4. Öffentlichrechtliche Struktur und verbleibende Parteidisposition	11
V. Die Sachnähe des Zwangsvollstreckungsrechts zum Privatrecht	11
VI. Die funktionelle Wechselbeziehung zwischen Zwangsvollstreckungs- recht und materiellem Recht	13
VII. Die Zwangsvollstreckung als Glied des Wirtschaftslebens	15
VIII. Einzel- und Gesamtvollstreckung	16
1. Gemeinsames Ziel der Haftungsverwirklichung	16
2. Verfahrensrechtliche Sonderung	17
3. Zwangsausübung im Insolvenzverfahren	17
4. Übergang vom Prioritätsprinzip zum Grundsatz der gleichmäßigen Gläubigerbefriedigung – gestufte Verteilungsgerechtigkeit	17
§ 2. Die Zwangsvollstreckung als Teil der Rechtspflege	18
I. Die Zwangsvollstreckung als Zivilrechtspflege	18
1. Die Zwangsvollstreckung als Teil der Zivilgerichtsbarkeit	18
2. Abgrenzung zur Verwaltung	19
3. Wesensunterschiede	20
II. Rechtsprechung im engeren Sinne und Zwangsvollstreckung	21
1. Die Zwangsvollstreckung als Rechtsprechung im formellen Sinne	21
2. Entscheidungen im Zwangsvollstreckungsverfahren	21
3. Rechtsprechung im engeren Sinne in der Zwangsvollstreckung	22
III. Die Zwangsvollstreckung als „streitige“ Gerichtsbarkeit	24
1. Zugehörigkeit zur streitigen Zivilgerichtsbarkeit	24
2. Die Vollstreckung in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	24
IV. Die Bedeutung der Systemfrage für die Anwendung und Ausgestal- tung des Vollstreckungsrechts	25
1. Bedeutung für die Rechtsanwendung	25
2. Verfassungsrechtliche Bedeutung	27
§ 3. Zwangsvollstreckung und Verfassungsrecht	27
I. Der Vollstreckungszugriff als Grundrechtseingriff	28
1. Die durch den Vollstreckungszugriff betroffenen Grundrechte	28

Inhalt

2. „Grundrechtseingriff“ und „Grundrechtsverletzung“	29
3. Die zunehmende Beachtung des verfassungsrechtlich gewähr- leisteten Gläubigerrechts in der neuen BGH-Judikatur	31
4. Der Diskussionsstand im europäischen Ausland	32
II. Das Zwangsvollstreckungsrecht in der Rechtsprechung des Bundes- verfassungsgerichts	33
III. Wertung	37
1. Beurteilungsgrenzen	37
2. Bindungsgrenzen	39
3. Berücksichtigung der Struktur der Zwangsvollstreckung	40
4. Grundrechtskollision	42
5. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	44
§ 4. Abgrenzung zu anderen Vollstreckungsarten	49
I. Der Bereich der zivilprozessualen Zwangsvollstreckung	50
1. Der durch den Titel vorgegebene „Rechtsweg“	50
2. Die Zwangsvollstreckung gegen juristische Personen des öffentli- chen Rechts gemäß § 882 a ZPO	52
3. Die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften der ZPO kraft Verweisung	54
II. Die verwaltungsgerichtliche Vollstreckung und die Verwaltungsvoll- streckung	56
1. Die Vollstreckung aus verwaltungsgerichtlichen und sonderver- waltungsgerichtlichen Titeln	56
2. Die Vollstreckung der Verwaltungsakte im Verwaltungsvoll- streckungsverfahren	58
3. Die Mitwirkung des Zivilgerichts an der verwaltungsgerichtlichen und der Verwaltungsvollstreckung	61
III. Das Justizbetriebswesen	65
IV. Zur Reform	67
§ 5. Die Zwangsvollstreckung als Verfahren	68
I. Das Verhältnis des Vollstreckungsverfahrens zum Erkenntnisverfahren	69
1. Der funktionelle Zusammenhang	69
2. Die organisatorische Trennung	70
3. Strukturelle Unterschiede zum Erkenntnisverfahren	72
II. Die Verfahrensgestaltung in der Zwangsvollstreckung	73
1. Die Zwangsvollstreckung als nicht kontradiktorisches Verfahren	74
2. Die Zwangsvollstreckung als nicht einheitliches Verfahren	76
3. Die Zwangsvollstreckung als nicht koordiniertes, an keine Reihen- folge gebundenes Verfahren	77
4. Der gemeinsame Vollstreckungszweck	79
III. Zur Anwendbarkeit der „prozessualen Betrachtungsweise“ – Prozess- handlungen in der Zwangsvollstreckung	79
IV. Die Formalisierung der Zwangsvollstreckung	82
1. Die Bedeutung des Formalisierungsgrundsatzes	82
2. Die Formalisierung der Vollstreckungsvoraussetzungen	83
3. Die Formalisierung der Zugriffstatbestände	85
4. Auflockerungen der Formalisierung	86
V. Die Entwicklung der Zwangsvollstreckung zum Regelungsrecht	87
VI. Die Grundsätze des Verfahrens	89
1. Prinzipienbildung in der Zwangsvollstreckung	89
2. Nicht passende Prinzipien des Erkenntnisverfahrens	90
3. Die Geltung der Dispositionsmaxime	93

Inhalt

4. Spezifische Grundsätze der Einzelzwangsvollstreckung	94
5. Das Prioritätsprinzip	96
6. Bedeutung der Diskussion um die Vollstreckungsmaximen	101
§ 6. Der Vollstreckungsanspruch und der vollstreckbare Anspruch	101
I. Der Vollstreckungsanspruch	102
1. Der Begriff	102
2. Vollstreckungsanspruch und Anspruch auf effektiven Rechtsschutz	104
3. Bedeutung des Vollstreckungsanspruchs	105
II. Die Unterschiede zwischen dem Vollstreckungsanspruch und dem vollstreckbaren Anspruch	106
1. Der vollstreckbare Anspruch	106
2. Der Vollstreckungsanspruch	108
3. Auswirkungen der Unterschiede	108
III. Die Beziehung zwischen dem vollstreckbaren Anspruch und dem Vollstreckungsanspruch	109
§ 7. Rechtmäßige oder rechtswidrige Zwangsvollstreckung	111
I. Die Beurteilung des Handelns der Vollstreckungsorgane	112
1. Grundsätzlicher Ausschluss von Widerstand und Notwehr gegen das Handeln der Vollstreckungsorgane	112
2. Staatshaftung für Amtspflichtverletzungen der Vollstreckungsorgane	114
II. Die Beurteilung des Gläubigerverhaltens	115
1. Bewertungsansätze und Bewertungsmaßstäbe	115
2. Die Sonderstellung des Haftungstatbestandes des § 717 II ZPO	116
3. Deliktshaftung und Ausschluss nach Rechtskrafteintritt	118
4. Die Haftung aus dem Vollstreckungszugriff	121
§ 8. Das Vollstreckungsrechtsverhältnis	126
I. Begriff und Struktur des Vollstreckungsrechtsverhältnisses	126
II. Inhalt des Vollstreckungsrechtsverhältnisses	129
1. Das Verhältnis des Gläubigers zum Staat	129
2. Das Verhältnis des Staates zum Schuldner	129
3. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner	131
III. Die Bedeutung des Vollstreckungsrechtsverhältnisses	134
1. Keine Basis für ein allgemeines Pflichtensystem	134
2. Kein Kriterium für die Beurteilung des fehlerhaften Vollstreckungsakts	135
§ 9. Die Arten der Zwangsvollstreckung	135
I. Gestaltungsprinzipien	136
II. Übersicht	136
1. Nach der Art des zu verwirklichenden Anspruchs unterscheidet die ZPO	137
2. Innerhalb der Geldvollstreckung unterscheidet die ZPO nach dem Befriedigungsobjekt	139
III. Unterscheidung nach dem Befriedigungsobjekt	139
IV. Unterscheidung nach dem Vollstreckungsmittel	140

Inhalt

Erster Abschnitt. Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung

Erstes Kapitel. Der Vollstreckungstitel

§ 10. Der Vollstreckungstitel im Allgemeinen	142
I. Der Begriff	142
1. Wesen und Arten des Vollstreckungstitels	142
2. Leistungs- und Haftungsanspruch als Gegenstand des Vollstreckungstitels	143
3. Vollstreckbarkeit im engeren und im weiteren Sinne	144
II. Die Bedeutung des Vollstreckungstitels	145
1. Der Titel als Grundvoraussetzung der Zwangsvollstreckung (Eingriffsgrundlage)	145
2. Folgen des Fehlens von Titel oder Klausel	147
3. Auswirkungen der Vollstreckungseinstellung auf den Titel und Vollstreckung gegen Titelfremde	148
III. Maßgeblichkeit des Titels für Inhalt und Umfang der Zwangsvollstreckung	148
1. Die Bestimmtheit des Gegenstands der Zwangsvollstreckung	148
2. Auslegung und Folgen mangelnder Bestimmtheit	157
3. Bedingte Titel	158
4. Bestimmung des Haftungsumfanges durch den Titel	161
IV. Parteibestimmung durch den Titel	162
1. Die Parteien der Zwangsvollstreckung	162
2. Titel auf Leistung an Dritte und sog. Vollstreckungsstandschaft	163
3. Mehrheit von Gläubigern oder Schuldnern	166
4. Auslegung und Folgen der Unbestimmtheit	168
5. Fehlgeleitete Titel	168
V. Der Verlust des Titels	169
VI. Mehrheit von Vollstreckungstiteln	169
1. Die Titelkonkurrenz im Allgemeinen	169
2. Besonderheiten der Titelkonkurrenz im Insolvenzverfahren	170
3. Konflikt zwischen Schiedsspruch und Urteilsspruch	174
VII. Arten der Vollstreckungstitel	174
§ 11. Das Endurteil als Vollstreckungstitel	174
I. Die Bedeutung des Endurteils als Vollstreckungstitel	174
II. Das rechtskräftige Urteil als Vollstreckungstitel	175
1. Das rechtskräftige Urteil als normierter Regelfall	175
2. Das Verhältnis von Rechtskraft und Vollstreckbarkeit	175
3. Der Eintritt der Rechtskraft	177
4. Ausnahmen des späteren Eintritts der Vollstreckbarkeit	179
5. Rechtskraftzeugnis	179
III. Der Einfluss von Rechtsbehelfen auf die Vollstreckbarkeit	180
1. Grundsätzlicher Fortbestand der Vollstreckbarkeit bis zur Aufhebung	180
2. Die einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Zwangsvollstreckung	180
3. Die Anordnungen des Gerichts gemäß § 707	182
4. Die Haftung der Sicherheit	184
5. Die Wirkungen des Einstellungsbeschlusses	184
6. Abänderbarkeit des Beschlusses	185
7. Grundsätzliche Unanfechtbarkeit des Beschlusses	185
8. Abgrenzung zum einstweiligen Rechtsschutz	187

Inhalt

IV. Entsprechende Anwendung des § 707	187
1. Keine einheitliche Einstellungsregelung	187
2. Gesetzliche Verweisungen auf § 707	188
3. Analoge Anwendungsfälle zu § 707	188
§ 12. Die Vollstreckbarerklärung ausländischer Urteile und die neue Vollstreckungsfreizügigkeit innerhalb der EU	190
I. Grundsätzliches	193
II. Die Vollstreckbarerklärung ausländischer Urteile nach der ZPO	195
1. Voraussetzungen der Vollstreckbarerklärung	195
2. Das Verfahren der Vollstreckbarerklärung	200
3. Die inzident geprüfte Anerkennungsfähigkeit	202
4. Materiellrechtliche Einwendungen gegen den titulierten Anspruch	203
5. Das Verhältnis der Vollstreckbarerklärung zu anderen Rechtsbehelfen	204
III. Die Vollstreckbarerklärung nach der EuGVVO	205
1. Die Grundkonzeption	205
2. Grundlage: Die ausländische vollstreckbare Entscheidung	206
3. Die Vollstreckbarerklärung	209
4. Die Beschwerde gegen die Vollstreckbarerklärung	209
5. Besonderheiten bei öffentlichen Urkunden und Prozessvergleichen	219
IV. Der Europäische Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen nach der EuVTVO	219
1. Zusammenfassender Überblick	219
2. Anwendungsbereich	220
3. Das Bestätigungsverfahren	221
4. Die Wirkung des Europäischen Vollstreckungstitels	223
5. Rechtsbehelfe nach erfolgter Bestätigung	223
V. Der Europäische Zahlungsbefehl nach der EuMahnVO	224
1. Zusammenfassender Überblick	224
2. Anwendungsbereich	225
3. Verfahren	226
4. Rechtsbehelfe nach Erlass des Zahlungsbefehls	227
VI. Das europäische Verfahren für geringfügige Forderungen nach der EuGFVO	229
1. Zusammenfassender Überblick	229
2. Anwendungsbereich	230
3. Verfahren	230
4. Widerklage, Rechtsmittel und vorläufige Vollstreckbarkeit	231
VII. Die künftige UnterhaltsVO	232
1. Anwendungsbereich	233
2. Regelungsgegenstand und Grundzüge der neuen Regeln	233
3. Unterschiedliche Regeln zur Vollstreckbarkeit	233
VIII. Weitere künftige gemeinschaftliche Vorhaben	234
§ 13. Andere Vollstreckungstitel	235
I. Übersicht	236
II. Vollstreckbare Parteiakte im Allgemeinen	236
III. Der Prozessvergleich als Vollstreckungstitel	237
IV. Die vollstreckbare Urkunde	247
V. Der sog. vollstreckbare Anwaltsvergleich	262
VI. Gerichtliche Anordnungen	264
VII. Vollstreckungstitel nach anderen Gesetzen	267

Inhalt

§ 14.	Insbesondere die vorläufig vollstreckbaren Urteile	268
	I. Allgemeines	269
	1. Zweck und Bedeutung	269
	2. Anwendungsbereich	270
	II. Die Voraussetzungen der vorläufigen Vollstreckbarkeit	273
	1. Vorläufige Vollstreckbarkeit ohne Sicherheitsleistung	273
	2. Vorläufige Vollstreckbarkeit gegen Sicherheitsleistung	276
	3. Vorläufige Vollstreckbarkeit im Rechtsmittelverfahren	278
	III. Beeinflussung der vorläufigen Vollstreckbarkeit durch Parteianträge und Abwendungsbefugnis	279
	1. Anträge des Gläubigers	279
	2. Abwendungsbefugnis und Schutzantrag des Schuldners	280
	IV. Die Anordnung der vorläufigen Vollstreckbarkeit	284
	V. Die Wirkung der vorläufigen Vollstreckbarkeit	285
	1. Die nur vorläufige Befriedigung des Gläubigers bei der Voll- streckung aus einem vorläufig vollstreckbaren Urteil	285
	2. Ausnahmen vom Grundsatz voller Vollstreckbarkeit	289
	VI. Beginn und Ende der Wirkung	292
	VII. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	293
	1. Im Falle des Einspruchs oder der Berufung	293
	2. Im Falle der Revision	294
	VIII. Die Bedeutung des Rechtskrafteintritts	298
§ 15.	Die Schadensersatz- und Bereicherungshaftung nach Aufhebung oder Abänderung des vorläufig vollstreckbaren Urteils	299
	I. Allgemeine Voraussetzungen	299
	II. Zur Entstehungsgeschichte der Regelung	299
	III. Die Schadensersatzpflicht	300
	1. Zum Haftungsgrund	300
	2. Die Entstehung der Schadensersatzpflicht	302
	3. Die Parteien des Schadensersatzverhältnisses	305
	4. Inhalt und Umfang der Schadensersatzpflicht	306
	5. Einwendungen gegen den Schadensersatzanspruch	308
	6. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	309
	7. Verjährung des Schadensersatzanspruchs	310
	IV. Die Pflicht zur Herausgabe der Bereicherung	310
	1. Grundgedanke der Risikobeschränkung	310
	2. Die Voraussetzungen der Erstattungspflicht nach § 717 III	311
	3. Der Inhalt der Erstattungspflicht	311
	4. Die Parteien des Erstattungsverhältnisses	312
	5. Einwendungen gegen den Erstattungsanspruch	312
	6. Die Geltendmachung des Erstattungsanspruchs	312
	V. Entsprechende Anwendung des § 717 II	313
	1. Zum Prinzip	313
	2. Gesetzliche Erweiterungen und Entsprechungen	313
	3. Fälle entsprechender Anwendbarkeit des § 717 II	314
	4. Von der Analogie ausgeschlossene Fälle	314
Zweites Kapitel. Die Vollstreckungsklausel		
§ 16.	Die Erteilung der Vollstreckungsklausel	317
	I. Allgemeines	317
	1. Der Begriff	317
	2. Die Bedeutung der Vollstreckungsklausel	318

Inhalt

3. Der Grund des Klauselerfordernisses	319
4. Rückgabe und Klage auf Herausgabe der vollstreckbaren Ausfertigung	319
II. Die Notwendigkeit der Vollstreckungsklausel	320
1. Der Grundsatz	320
2. Ausnahmen	321
III. Die Zuständigkeit zur Erteilung der Vollstreckungsklausel	321
IV. Das Verfahren	323
V. Die Klauselerteilung mit konstitutiver Bedeutung	325
1. Die titelergänzende Vollstreckungsklausel	326
2. Die titelübertragende Vollstreckungsklausel	337
3. Das Verfahren	354
VI. Die Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung	358
1. Die Voraussetzungen	358
2. Das Verfahren	361
§ 17. Rechtsbehelfe zur Erlangung und gegen die Erteilung der Klausel	362
I. Übersicht	363
II. Die Rechtsbehelfe des Gläubigers	364
1. Die einfachen Rechtsbehelfe	364
2. Die Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel gemäß § 731	365
III. Die Rechtsbehelfe des Schuldners	368
1. Zur Abgrenzung	368
2. Die Erinnerung gegen die Erteilung der Vollstreckungsklausel nach § 732	369
3. Die Klage gegen die Vollstreckungsklausel nach § 768	372
IV. Die Konkurrenz mehrerer Klauselprätendenten	375
 Drittes Kapitel. Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung in besondere Vermögensmassen	
§ 18. Übersicht über die Zugriffsvoraussetzungen nach Maßgabe der Haftungslage.	378
I. Allgemeines	378
II. Leistungstitel und Duldungstitel	378
III. Die gesetzlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten	380
§ 19. Die Zwangsvollstreckung in Gesellschafts-, nießbrauchbelastetes und ver- waltetes Vermögen	382
I. Die Zwangsvollstreckung in das Vermögen der BGB-Gesellschaft	383
II. Die Zwangsvollstreckung in das Vermögen der OHG und KG	391
III. Die Zwangsvollstreckung gegen den nicht rechtsfähigen Verein	394
IV. Die Zwangsvollstreckung gegen die werdende juristische Person	395
V. Die Zwangsvollstreckung in nießbrauchbelastetes Vermögen	396
IV. Die Zwangsvollstreckung in verwaltetes Vermögen	397
1. Die Zwangsvollstreckung bei Testamentsvollstreckung	397
2. Die sonstigen Fälle der Amtsverwaltung	399
§ 20. Die Zwangsvollstreckung gegen Ehegatten	399
I. Grundgedanken und Übersicht	400
II. Die Zwangsvollstreckung gegen Ehegatten im Allgemeinen	401
III. Die Zwangsvollstreckung in das Gesamtgut der ehelichen Güter- gemeinschaft	407
IV. Die Zwangsvollstreckung in das Gesamtgut der fortgeltenden Eigen- tums- und Vermögensgemeinschaft gemäß § 744 a	412
	XIII

Inhalt

§ 21.	Die Zwangsvollstreckung in den Nachlass und gegen den Erben	414
I.	Grundgedanken und Übersicht	414
II.	Die Zwangsvollstreckung in den Nachlass und gegen den Erben im Allgemeinen	415
1.	Die Fortsetzung der gegen den Erblasser begonnenen Zwangsvollstreckung	415
2.	Die Zwangsvollstreckung vor Annahme der Erbschaft	416
3.	Die Zwangsvollstreckung nach Annahme der Erbschaft	417
4.	Die Geltendmachung der Haftungsbeschränkung	418
5.	Nachgebildete Fälle der Haftungsbeschränkung auf andere Sondervermögen	423
6.	Zur entsprechenden Anwendung des § 786	424
7.	Besonderheiten der Zwangsvollstreckung bei Vor- und Nacherbschaft	425
III.	Die Vollstreckung in den ungeteilten Nachlass bei Erbenmehrheit	427

Viertes Kapitel. Die besonderen Voraussetzungen des Vollstreckungsbeginns und die Prozessvoraussetzungen der Zwangsvollstreckung

§ 22.	Die besonderen Voraussetzungen des Vollstreckungsbeginns	430
I.	Die Art der Voraussetzungen	431
1.	Die namentliche Bezeichnung der Parteien	431
2.	Die Zustellung des Vollstreckungstitels und der anderen erforderlichen Urkunden	438
3.	Die Abhängigkeit vom Eintritt eines Kalendertags	444
4.	Die Abhängigkeit von einer Sicherheitsleistung des Gläubigers	447
5.	Vollstreckung bei einer Verurteilung zu einer Leistung Zug-um-Zug	449
6.	Pfändung von Früchten auf dem Halm	449
II.	Die Bedeutung der Voraussetzungen für den Vollstreckungsbeginn, Fehlerfolgen	449
§ 23.	Die Prozessvoraussetzungen in der Zwangsvollstreckung	452
I.	Allgemeines	453
II.	Die für die Zwangsvollstreckung erheblichen Prozessvoraussetzungen im Einzelnen	453
1.	Die Zulässigkeit des Rechtswegs zur Zivilgerichtsbarkeit	453
2.	Die deutsche Gerichtsbarkeit	454
3.	Die Zuständigkeit	456
4.	Die Parteifähigkeit	456
5.	Die Prozessfähigkeit	457
6.	Die Prozessvollmacht	459
7.	Die Prozessführungsbefugnis	459
8.	Das Rechtsschutzbedürfnis	460

Zweiter Abschnitt. Die Organe der Zwangsvollstreckung und ihr Verfahren

§ 24.	Die Organe der Zwangsvollstreckung (Überblick)	462
I.	Die Aufgabenverteilung auf die Organe	462
II.	Die Kompetenzabgrenzung	462
1.	Die Abgrenzung zu den Vollstreckungsorganen anderer Rechtswege ..	462
2.	Die Abgrenzung unter den Vollstreckungsorganen der Zivilrechtspflege (funktionelle Zuständigkeit)	463
3.	Die Grenzen der örtlichen Zuständigkeit	466

Inhalt

§ 25.	Der Gerichtsvollzieher	466
	I. Geschichtliches und Rechtsvergleichendes	468
	II. Die Rechtsstellung des Gerichtsvollziehers	470
	1. Seine organisationsrechtliche Stellung	470
	2. Die Aufsicht über den Gerichtsvollzieher	474
	III. Die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers	481
	IV. Die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	483
	1. Das Verhältnis zum „Auftraggeber“	484
	2. Ausschließung und Neutralität des Gerichtsvollziehers	500
§ 26.	Das Verfahren des Gerichtsvollziehers	502
	I. Übersicht	504
	II. Der Vollstreckungsantrag	504
	1. Die Erfordernisse des Antrags	504
	2. Antragsberechtigung	508
	3. Erledigung des Antrags	509
	4. Zurücknahme und Ruhen des Antrags	509
	III. Die Wirkung der Übergabe der vollstreckbaren Ausfertigung	510
	IV. Die Art der Durchführung der Zwangsvollstreckung, insbesondere die Zwangsbefugnisse	512
	1. Die Zeit der Zwangsvollstreckung	512
	2. Der Ort der Zwangsvollstreckung	514
	3. Durchsuchung der Wohnung und Behältnisse des Schuldners, Richtervorbehalt	514
	4. Zur Anwesenheit des Gläubigers bei der Zwangsvollstreckung	527
	5. Die Öffnungsbefugnis nach § 758 II	528
	6. Polizeiliche Hilfe gemäß § 758 III	528
	V. Die Protokollaufnahme	529
§ 27.	Das Vollstreckungsgericht	531
	I. Die Aufgaben des Vollstreckungsgerichts	532
	II. Die funktionelle Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	532
	III. Die Zuweisung an den Rechtspfleger	534
	IV. Die örtliche Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	537
	V. Gemeinsame Zuständigkeitsbestimmung	538
§ 28.	Das Verfahren vor dem Vollstreckungsgericht	539
	I. Allgemeines	539
	II. Rechtliches Gehör	540
	III. Gerichtliche Prozessleitung	541
	IV. Wahrheitspflicht und Beibringungsgrundsatz	542
	1. Die Wahrheitspflicht	542
	2. Der Beibringungsgrundsatz	542
	3. Der Dispositionsgrundsatz	543
	V. Amtsbetrieb	543
	VI. Zur Reform	543
§ 29.	Das Prozessgericht	544
	I. Eingeschränkte Bedeutung	544
	II. Aufgaben im vorgeschalteten Klauselverfahren	544
	III. Funktionelle Zuständigkeit als Vollstreckungsorgan	545
	IV. Zuständigkeit für die Vollstreckungsklagen	546
	V. Weitere Zuständigkeiten des Prozessgerichts	546
§ 30.	Das Grundbuchamt	546
		XV

Inhalt

§ 31. Der fehlerhafte Vollstreckungsakt	548
I. Gesetzwidriges und fehlerhaftes Vollstreckungshandeln im Allgemeinen	549
II. Der fehlerhafte Vollstreckungsakt als fehlerhafter Staatsakt	550
III. Begrenzung der Nichtigkeitsgründe	555
IV. Fehlerfolgen und Heilung fehlerhafter Vollstreckungsakte	562

Dritter Abschnitt. Parteien und Parteivereinbarungen in der Zwangsvollstreckung

§ 32. Die Parteien der Zwangsvollstreckung	565
I. Gläubiger und Schuldner als Parteien	565
II. Bezeichnung der Parteien und Rechtsfolgen	567
III. Parteirichtigkeit	567
IV. Besondere Parteieigenschaften (Partei- und Prozessfähigkeit)	568
§ 33. Parteivereinbarungen in der Zwangsvollstreckung	568
I. Wesen und Bedeutung der Vollstreckungsvereinbarungen	569
II. Begriff und Rechtsnatur der Vollstreckungsvereinbarungen	570
III. Zulässigkeit von Vollstreckungsvereinbarungen	573
1. Dispositionsbefugnis im Rahmen des Zwangsvollstreckungsrechts ..	573
2. Gesetzliche Anwendungsfälle	574
3. Grundsätzlich nur verpflichtende Wirkung der Vollstreckungsver- einbarung	575
IV. Vollstreckungserweiternde und vollstreckungsbeschränkende Verträge ..	576
1. Vollstreckungserweiternde Verträge	576
2. Vollstreckungsbeschränkende Verträge	579
V. Die Behandlung der Vollstreckungsverträge	582
VI. Die Geltendmachung des Vollstreckungsvertrags	583
1. Das Problem des richtigen Rechtsbehelfs	583
2. Vorzug der Vollstreckungsgegenklage analog § 767	584
VII. Schadensersatz- und Ausgleichspflicht	585
1. Schadensersatz wegen Vertragsverletzung	585
2. Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung	585
VIII. Materiellrechtliche Haftungsbeschränkungen	586
1. Abgrenzung	586
2. Behandlung	586

Vierter Abschnitt. Der Gegenstand der Zwangsvollstreckung

§ 34. Die regelmäßigen Zugriffsmöglichkeiten	587
I. Beschränkung auf das Schuldnervermögen	588
II. Das Vermögen als Vollstreckungsgegenstand – Immaterialgüterrechte ...	589
1. Beschränkung auf Vermögensrechte	589
2. Die neuerdings sog. vermögenswerten Bestandteile des Persönlich- keitsrechts	590
3. Immaterialgüterrechte und gewerbliche Schutzrechte	592
4. Zwangsvollstreckung in Computersoftware	593
5. Internet-Domain	594
III. Besonderheiten der Vermögensvollstreckung	595
1. Spezialitätsgrundsatz	595
2. Ausschluss autonomer Einzelbefugnisse und unselbständiger Rechte ..	595
3. Beschränkung auf das gegenwärtige Vermögen	597
4. Ausnahmen von den regelmäßigen Zugriffsmöglichkeiten	597

Inhalt

IV. Einzelne Gegenstände und Sondervermögen als Vollstreckungsgegenstand	599
§ 35. Zugriffsmöglichkeiten infolge Gläubigeranfechtung	599
I. Grund, Zweck und Anwendungsbereich der Gläubigeranfechtung	602
1. Grund und Zweck	602
2. Abgrenzung zur Insolvenzanfechtung	602
3. Gemeinsame Grundstruktur von Gläubiger- und Insolvenzanfechtung	605
4. Gemeinsames Regelungsbedürfnis von Gläubiger- und Insolvenzanfechtung	606
5. Entwicklung und Reform des Anfechtungsrechts	607
II. Die Rechtsnatur der Gläubigeranfechtung	608
1. Die Anfechtungstheorien	608
2. Zur praktischen Bedeutung des Theorienstreits	610
3. Stellungnahme	611
4. Ergebnis: Annäherung der „Anfechtungstheorien“	614
III. Allgemeine Voraussetzungen der Gläubigeranfechtung	614
1. Neuregelung	614
2. Rechtshandlung des Schuldners	615
3. Gläubigerbenachteiligung	619
4. Vollstreckbarer Schultitel über fällige Geldforderung	623
5. Fruchtlosigkeit oder Aussichtslosigkeit der Vollstreckung	625
6. Vermögensmehrung des Anfechtungsgegners	626
IV. Die Voraussetzungen der einzelnen Anfechtungstatbestände	627
1. Die Vorsatzanfechtung	628
2. Die sog. Schenkungsanfechtung (wegen „unentgeltlicher Leistung“).	632
3. Rechtshandlungen des Erben	636
4. Anfechtung bei Gesellschafterdarlehen und gesellschafterbesicherten Drittdarlehen	636
V. Die Subjekte des Anfechtungsrechts	638
1. Der anfechtungsberechtigte Gläubiger	638
2. Der Anfechtungsgegner	640
VI. Inhalt, Fristen und Geltendmachung des Anfechtungsrechts	643
1. Der Inhalt des Anfechtungsrechts	643
2. Fristen für die Anfechtung	650
3. Die Geltendmachung des Anfechtungsrechts	654
4. Internationales Anfechtungsrecht	660
VII. Vollstreckungsrechtliche Durchsetzung des Anfechtungsanspruchs und einstweiliger Rechtsschutz	662
1. Die Vollstreckung des Anfechtungsanspruchs	662
2. Einstweiliger Rechtsschutz	664
 Fünfter Abschnitt. Das Rechtsbehelfssystem der Zwangsvollstreckung	
§ 36. Systematischer Überblick	667
I. Abgrenzung	667
II. Zur äußeren Systematik	667
III. Zur inneren Systematik der Vollstreckungsrechtsbehelfe	668
1. Das Rechtsbehelfssystem als Abbild der Strukturen des Vollstreckungssystems	668
2. Abschied vom einheitlichen Exekutionsprozess vor dem Prozessgericht	668
 XVII	

Inhalt

3. Die Zweispurigkeit des Rechtsbehelfssystems für formelle und materielle Einwendungen	668
4. Der Klagezwang für materiellrechtliche Streitfragen	669
5. Die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	670
6. Anwendungsbereich	670
IV. Erweiterung des Rechtsschutzes durch nachgebildete Rechtsbehelfe ...	670
1. Weitere „vollstreckungsinterne“ Rechtsbehelfe	670
2. Die Generalklausel des Vollstreckungsschutzes nach § 765 a	671
3. Weitere Vollstreckungsklagen	672
V. Einstweilige Einstellung zur Herbeiführung aufschiebender Wirkung	672
1. Keine aufschiebende Wirkung der Vollstreckungsrechtsbehelfe	672
2. Kasuistische Einstellungsregelung	672
3. Einstellungsentscheidung durch das Hauptsachegericht	673
4. Unanfechtbarkeit, aber Abänderbarkeit der Einstellungsentscheidung	673
VI. Zur Reform	674
§ 37. Die Vollstreckungserinnerung	675
I. Sinn der gesetzlichen Regelung	676
1. Gewährleistung umfassender Verfahrenskontrolle	676
2. Kontrolle der Vollstreckungshandlungen von Gerichtsvollzieher und Vollstreckungsgericht	676
3. Entstehungsgeschichte	676
II. Wesen und Bedeutung der Vollstreckungserinnerung	677
1. Begriff und Zweck	677
2. Abgrenzung zur Beschwerde	677
3. Abgrenzung zum Verwaltungsrechtsschutz	678
III. Grundsätzlicher Anwendungsbereich	678
1. Die mit der Erinnerungsrüge anfechtbaren Verfahrensmängel	678
2. Insbesondere Mängel der Vollstreckungsvoraussetzungen und Vollstreckungshindernisse	679
3. Erinnerung bei genügender Sicherung des Gläubigers	681
IV. Der Anwendungsbereich in Bezug auf das Verfahren der Vollstreckungsorgane	682
1. Die Erinnerung gegen Vollstreckungsmaßnahmen des Gerichtsvollziehers	683
2. Die Erinnerung gegen Vollstreckungsmaßnahmen des Vollstreckungsgerichts	686
3. Vollstreckungsmaßnahmen des Prozessgerichts	690
4. Vollstreckungsmaßnahmen des Grundbuchamts	690
V. Die Erinnerungsbefugnis	691
1. Erinnerungsbefugnis und Beschwer	691
2. Die Erinnerungsbefugnis der Parteien	692
3. Die Erinnerungsbefugnis Dritter – der problematischste Fall	692
VI. Das Erinnerungsverfahren	695
1. Zuständigkeit	695
2. Form- und Fristlosigkeit	695
3. Das Verfahren	697
VII. Die Entscheidung	697
VIII. Rechtsmittel gegen die Entscheidung	699
IX. Die Rechtskraft der Entscheidung	700
X. Einstweilige Anordnung	701
XI. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	701

Inhalt

§ 38.	Die sofortige Beschwerde	704
	I. Wesen und Bedeutung	704
	II. Voraussetzungen der sofortigen Beschwerde	705
	1. Statthaftigkeit	705
	2. Form und Frist	707
	3. Beschwer	707
	III. Verfahren	708
	IV. Die Rechtsbeschwerde	710
	V. Ausschluss einer außerordentlichen Rechtsbeschwerde	711
§ 39.	Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen des Rechtspflegers	711
	I. Grundlagen und Abgrenzung nach neuem Recht	711
	II. Die sofortige Beschwerde gemäß § 11 I RPfG	712
	1. Die Verweisung auf § 793	712
	2. Die Abhilfebefugnis des Rechtspflegers	713
	3. Verweisung auf andere verfahrensrechtliche Vorschriften	713
	III. Die befristete Rechtspflegererinnerung nach § 11 II RPfG	714
	1. Voraussetzungen und Anwendungsbereich	714
	2. Ausschluss der Erinnerung	714
	3. Verfahren, Abhilfe und Entscheidung	714
§ 40.	Die Vollstreckungsgegenklage	715
	I. Zweck und Bedeutung der Klage	717
	1. Der Klagerechtsbehelf des Schuldners wegen materieller Einwendungen gegen den vollstreckbaren Anspruch	717
	2. Die Verteilung der Parteirollen	719
	II. Ziel und Rechtsnatur der Klage	720
	1. Das Ziel der Klage	720
	2. Die Rechtsnatur der Vollstreckungsgegenklage	721
	3. Einwände	725
	III. Anwendungsgebiet	726
	1. Die betroffenen Titel	726
	2. Titel aufgrund anderer Gesetze	727
	3. Verwaltungsgerichtliche Titel	728
	IV. Die Art der Einwendungen	728
	1. Einwendungen gegen den festgestellten Anspruch	728
	2. Verhältnis zu Einwendungen gegen die Wirksamkeit des Titels	729
	3. Weitere Abgrenzungen	731
	V. Die gegen Urteile zulässigen Einwendungen	731
	1. Die geeigneten Einwendungen	731
	2. Die zeitliche Begrenzung der Einwendungen, insbesondere bei nachträglich ausgeübten Gestaltungsrechten	739
	3. Der maßgebende Zeitpunkt bei Urteilen	751
	VI. Die Zeitgrenze bei anderen gerichtlichen Entscheidungen	752
	1. Die Rechtskraftfähigkeit anderer gerichtlicher Titel	752
	2. Titel des Insolvenzverfahrens	753
	3. Der Vollstreckungsbescheid	753
	4. Kostenfestsetzungsbeschlüsse und Gebührenbescheide	754
	5. Ausländische Urteile	754
	6. Schiedssprüche	754
	7. Anwaltsvergleiche	755
	VII. Einwendungen gegen vollstreckbare Urkunden und Prozessvergleiche	756
	1. Vollstreckbare Urkunden und Prozessvergleiche	756
	2. Kein Verzicht auf den Rechtsschutz der Vollstreckungsgegenklage	758

Inhalt

VIII. Beginn und Ende der Klagemöglichkeit	758
IX. Das Häufungsgebot des § 767 III	760
1. Zur Bedeutung	760
2. Der maßgebende Zeitpunkt der Präklusion	761
3. Subjektiver Präklusionsmaßstab	762
4. Keine Präklusion von Bereicherungs- und Schadensersatzklagen durch § 767 III	763
X. Das Verfahren	763
1. Die Parteien	763
2. Zuständigkeit	764
3. Das weitere Verfahren	766
XI. Das Urteil und seine Wirkungen	767
1. Der Urteilstenor	767
2. Die Gestaltungswirkung	767
3. Die Rechtskraftwirkung	768
XII. Einstweilige Anordnungen	769
1. Zuständigkeit	769
2. Antragstellung	769
3. Entscheidung	770
4. Zulässige Maßnahmen	770
5. Unanfechtbarkeit des Beschlusses	770
6. Eilzuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	771
7. Anordnungen im Urteil	771
XIII. Sonderformen der Vollstreckungsgegenklage	772
1. Die Vollstreckungsgegenklage gemäß § 79 II 3 BVerfGG	772
2. Die Vollstreckungsgegenklage gemäß § 10 UKlaG	773
XIV. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	774
1. Verhältnis zur Berufung und zum Einspruch	774
2. Die Erinnerung nach § 766	774
3. Die Klage des Schuldners auf Feststellung	774
4. Die Abänderungsklage (§ 323)	775
5. Wiederaufnahmeklage (§§ 578 ff.)	777
6. Zivilklage auf Titelherausgabe	777
7. Sonstige Zivilklagen	778
§ 41. Die Drittwiderspruchsklage	779
I. Zweck und Bedeutung	781
1. Der Widerspruch Dritter bei Zwangsvollstreckung in schuldner- fremdes Vermögen	781
2. Bedeutung im Rechtssystem und in der Praxis	783
II. Ziel und Rechtsnatur der Widerspruchsklage	783
1. Das Ziel der Widerspruchsklage	783
2. Die Rechtsnatur der Widerspruchsklage	783
3. Einwände	790
III. Anwendungsgebiet	790
1. Anwendbarkeit auf jede Art der Vermögensvollstreckung	790
2. Insbesondere drittbetroffene Forderungen und andere Vermögens- rechte	790
3. Anwendbarkeit in der Immobiliervollstreckung	792
4. Zusammentreffen mit Verfahrensfehlern	793
IV. Das die Veräußerung hindernde Recht	793
1. Die redaktionelle Unzulänglichkeit des Begriffs	793
2. Die bisherige Interpretationsformel der Judikatur	794

Inhalt

3. Die systematisch-teleologische Interpretation gemäß dem Gesetzeszweck	794
4. Funktionsbedingte Abweichungen vom Gleichlauf von Intervention und Aussonderung	795
5. Die Maßgeblichkeit der „juristischen“, nicht der „wirtschaftlichen“ Betrachtungsweise	796
V. Klagegrundlage und Aktivlegitimation	797
VI. Die zum Widerspruch legitimierenden Drittrechte	799
1. Das Eigentum	799
2. Der Eigentumsvorbehalt	799
3. Die Inhaberschaft einer Forderung	802
4. Treuhandverhältnisse	802
5. Andere dingliche Rechte und Nutzungsrechte	812
6. Der Besitz	814
7. Schuldrechtliche Ansprüche	816
8. Das Anfechtungsrecht nach §§ 11 I AnfG, 143 I InsO	819
9. Leasing	821
10. Relative Verfügungsverbote (§ 772)	822
11. Zur Widerspruchsklage des Nacherben	825
12. Zur Widerspruchsklage bei Beschränkung der Zwangsvollstreckung auf ein Sondervermögen	825
VII. Beginn und Ende der Klagemöglichkeit	825
VIII. Das Verfahren	827
1. Die Parteien der Widerspruchsklage	827
2. Zuständigkeit	829
3. Das weitere Verfahren	830
IX. Einwendungen des Beklagten	831
1. Die Einrede der Anfechtbarkeit	831
2. Genehmigung oder Erwerb	831
3. Die Berufung auf ein besseres Recht	832
4. Angebot der Tilgung der Restschuld	832
5. Einwand der Mithaftung	833
X. Das Urteil und seine Wirkungen	833
1. Die Tenorierung	833
2. Die Gestaltungswirkung	834
3. Gegenstand und Umfang der Rechtskraftwirkung	834
4. Die Kostenentscheidung	835
XI. Einstweilige Anordnungen	838
1. Voraussetzungen und Inhalt der einstweiligen Anordnung	838
2. Haftungsfragen aus ungerechtfertigter einstweiliger Anordnung	839
XII. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	840
1. Konkurrenz mit der Erinnerung	840
2. Materieellrechtliche Klagen	841
3. Selbständige Feststellungsklage	841
4. Hauptintervention	842
5. Zivilrechtsschutz nach beendeter Zwangsvollstreckung	842
6. Staatshaftung (Art. 34 GG, § 839 BGB)	844
§ 42. Die Klage auf vorzugsweise Befriedigung	844
I. Zweck und Bedeutung	844
II. Ziel und Rechtsnatur der Klage nach § 805	845
1. Das Ziel der Klage	845
2. Die Rechtsnatur der Klage	846

Inhalt

III. Anwendungsgebiet	846
1. Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen	846
2. Pfändung einer beweglichen Sache	847
3. Zusammentreffen mit Unwirksamkeit der Pfändung	847
IV. Pfand- oder Vorzugsrechte i. S. d. § 805	848
1. Pfandrechte	848
2. Vorzugsrechte	849
3. Gleichstehende Rechte	849
V. Das Verfahren	850
1. Parteien der Klage	850
2. Das weitere Verfahren	850
3. Rechtskraft- und Gestaltungswirkung des Urteils	851
4. Einstweilige Anordnung auf Hinterlegung des Erlöses	852
5. Verbleibender Zivilrechtsschutz	852
VI. Reform	852
§ 43. Die allgemeine Vollstreckungsschutzerinnerung nach § 765 a	852
I. Die systematische Bedeutung der Generalklausel des § 765 a	854
1. Einordnung in das Rechtsbehelfssystem	854
2. Die Spezialregelungen des Vollstreckungsschutzes und die Generalklausel des § 765 a als „Auffangtatbestand“	854
3. „Gerichtlicher Vollstreckungsschutz“ und „gesetzlicher Vollstreckungsschutz“	855
4. Die Härteklausel als spezifisch vollstreckungsrechtliche Ausformung des Rechtsmissbrauchsgedankens	855
5. Grundrechtsbezogene Auslegung des § 765 a	856
6. Reformvorschläge	858
II. Der legislatorisch begründete „Ausnahme“-Charakter des § 765 a	858
III. Voraussetzungen des Schutzes	860
1. Mit den guten Sitten unvereinbare Härte. Abwägungskriterien	860
2. Belange Dritter	864
3. Schutzbedürfnis des Gläubigers. Abgrenzung zur Sozialhilfe und öffentlichen Fürsorge	864
4. Wahrung der Vollstreckbarkeit des Titels	865
IV. Anwendungsbereich des § 765 a	866
1. Geltung für alle Vollstreckungsarten	866
2. Bedeutung für die einzelnen Vollstreckungsarten	867
V. Tierschutz	872
VI. Das Verfahren	873
1. Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	873
2. Antragserfordernis	873
3. Einstweilige Anordnungen	875
4. Fakultative mündliche Verhandlung	875
5. Entscheidung und Entscheidungsinhalt	875
6. Rechtskraft und Abänderbarkeit bei veränderter Sachlage	877
7. Rechtsmittel	877
8. Die Kosten des Vollstreckungsschutzverfahrens	878
VII. Eilaufschub durch den Gerichtsvollzieher	878
1. Aufschub bis zu einer Woche bei Herausgabevollstreckung	878
2. Verfahren	878
3. Rechtsbehelf	878

Inhalt

Sechster Abschnitt. Beginn und Ende sowie weitere Verfahrensfolgen der Zwangsvollstreckung

§ 44.	Beginn und Ende der Zwangsvollstreckung	879
	I. Der Beginn der Zwangsvollstreckung	879
	II. Das Ende der Zwangsvollstreckung	881
	1. Beendigung des gesamten Vollstreckungsverfahrens	881
	2. Beendigung einzelner Vollstreckungsmaßnahmen	882
§ 45.	Einstellung und Aufhebung der Zwangsvollstreckung	883
	I. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung	883
	1. Begriff	883
	2. Anordnung der Einstellung und Vollzug der Einstellung	884
	3. Die Fälle einer Einstellung der Zwangsvollstreckung	885
	4. Durchführung der Einstellung	890
	5. Wirkung der Einstellung	890
	6. Fortsetzung der Zwangsvollstreckung	891
	7. Rechtsbehelfe	891
	II. Die Aufhebung der Zwangsvollstreckung	891
	1. Begriff	891
	2. Voraussetzungen der Aufhebung	892
	3. Vollziehung der Aufhebung	892
	4. Wirkungen der Aufhebung	892
§ 46.	Die Kosten der Zwangsvollstreckung	893
	I. Die Gebühren- und Auslagenhaftung der Parteien gegenüber dem Staat und ihren eigenen Verfahrensbevollmächtigten	894
	II. Der Kostenausgleich zwischen Vollstreckungsgläubiger und Voll- streckungsschuldner nach § 788 I	895
	1. Die Voraussetzungen des Erstattungsanspruchs	895
	2. Der Umfang des Erstattungsanspruchs	896
	3. Die Durchsetzung des Erstattungsanspruchs	902
	III. Der Kostenerstattungsanspruch des Vollstreckungsschuldners nach § 788 III	905
	1. Voraussetzungen und Umfang des Anspruchs	905
	2. Die Durchsetzung des Anspruchs	906
	IV. Die Billigkeitsentscheidung nach § 788 IV	906
	V. Der Kostenausgleich unter den Beteiligten aus sonstigen Grundlagen, insbesondere aus materiellem Recht	908

Zweites Buch. Die Durchführung der Zwangsvollstreckung

§ 47.	Einleitung	909
-------	------------------	-----

Erster Abschnitt. Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen (Geldvollstreckung)

§ 48.	Geldforderungen	910
	I. Grundlagen	910
	II. Anwendungsgebiet der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen	910
	1. Geldschuld – Geldsortenschuld	910
	2. Auf ausländische Währung lautende Titel	911
	3. Haftungsansprüche für Geldleistungen	911
	4. Andere Anwendungsfälle der Geldvollstreckung	911

Inhalt

§ 49. Bewegliches und unbewegliches Vermögen	912
I. Übersicht	913
II. Das unbewegliche Vermögen	914
1. Grundstücke	914
2. Miteigentum an Grundstücken	914
3. Grundstücksgleiche Rechte	915
4. Rechte nach dem Wohnungseigentumsgesetz	915
5. Schiffe, Schiffsbauwerke, Luftfahrzeuge	916
6. Haftungsverband	916
7. Immobilienrechte in den neuen Bundesländern	919
III. Das bewegliche Vermögen	920
1. Bewegliche Sachen	920
2. Forderungen und sonstige Vermögensrechte	920
3. Früchte auf dem Halm	920

Erstes Kapitel. Die Geldvollstreckung in das bewegliche Vermögen

§ 50. Die Pfändung und ihre Folgen	922
I. Überblick	923
II. Die Pfändung	923
1. Begriff	923
2. Überpfändung und Nachpfändung	923
3. Zwecklose Pfändung	924
III. Die Wirkungen ordnungsmäßiger Pfändung	925
1. Die Verstrickung	925
2. Das Verfügungsverbot	931
3. Das Pfändungspfandrecht	932
IV. Die Verwertung	943

Erster Teil. Die Geldvollstreckung in bewegliche Sachen

§ 51. Die Pfändung beweglicher Sachen	943
I. Gegenstand und Voraussetzungen der Pfändung	945
1. Gewahrsam	946
2. Gewahrsam des Schuldners oder des Gläubigers	949
3. Gewahrsam eines herausgabebereiten Dritten	949
II. Vornahme der Pfändung	950
1. Inbesitznahme	951
2. Benachrichtigung des Schuldners	953
3. Nachträgliche Wegnahme	953
III. Besondere Wirkungen der Sachpfändung	954
IV. Mehrfache Pfändung und Anschlusspfändung	954
1. Mehrfache gleichzeitige Pfändung	954
2. Anschlusspfändung	955
3. Verwertung bei mehrfacher Pfändung	956
V. Mitteilungen des Gerichtsvollziehers; Einziehung von Teilbeträgen	956
§ 52. Pfändungsschutz bei der Zwangsvollstreckung in Sachen	958
I. Grundlagen	959
II. Äußeres und inneres System des Vollstreckungsschutzes	962
III. Unpfändbare Sachen	962
1. Verzicht auf den Pfändungsschutz	963
2. Offenkundigkeit eines Herausgabeanspruchs des Gläubigers	964

Inhalt

3. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Pfändungsschutz; Vorwegpfändung	964
4. Der Unpfändbarkeitskatalog	965
5. Vorbehaltseigentum (§ 811 II)	967
IV. Austauschpfändung	968
§ 53. Die Verwertung der Pfandsachen	969
I. Allgemeines	971
II. Gepfändetes Geld	972
III. Die Verwertung anderer Sachen	973
1. Öffentliche Versteigerung	973
2. Freihändiger Verkauf von Gesetzes wegen	980
3. Andere Art der Verwertung durch den Gerichtsvollzieher oder eine andere Person	981
IV. Mehrheit von Pfändungsgläubigern	984
V. Ausgleichsansprüche nach beendeter Zwangsvollstreckung	984
1. Ansprüche Dritter bei Vollstreckung in schuldnerfremdes Vermögen	984
2. Ansprüche des Schuldners	987

Zweiter Teil. Die Geldvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte

§ 54. Die Rechtspfändung im Allgemeinen	988
I. Gegenstand der Vollstreckung in Rechte	990
1. Geldforderungen	991
2. Sachforderungen	999
3. Andere Vermögensrechte	1000
II. Organe und Parteien der Zwangsvollstreckung in Rechte	1001
III. Gemeinsame Grundzüge des Verfahrens	1002
1. Antrag	1002
2. Entscheidung durch Beschluss	1003
3. Vorpfändung	1007
§ 55. Die Vollstreckung in Geldforderungen	1009
I. Die Pfändung	1011
1. Erlass des Pfändungsbeschlusses	1011
2. Ablehnender Beschluss	1012
3. Wirkungen der Forderungspfändung	1012
4. Umfang der Pfändung	1019
II. Die Überweisung	1020
1. Die Überweisung zur Einziehung	1021
2. Die Überweisung an Zahlungs statt	1028
III. Andere Art der Verwertung	1028
IV. Vollstreckung in besondere Geldforderungen	1029
1. Hypothekenforderungen	1029
2. Wertpapiere	1031
§ 56. Der soziale Pfändungsschutz bei Geldforderungen	1031
I. Der pfändungsgeschützte Forderungsbereich	1035
1. Arbeitseinkommen	1036
2. Besondere Geldrenten und Unterstützungsbezüge	1037
3. Besondere nicht wiederkehrend zahlbare Vergütungen	1037
4. Heimarbeit	1038
5. Sozialleistungsansprüche	1038
6. Altersrenten/-vorsorgevermögen Selbständiger	1041

Inhalt

II. Unpfändbarkeit	1041
III. Bedingte Pfändbarkeit	1042
IV. Beschränkte Pfändbarkeit	1043
1. § 850 c	1043
2. § 850 i	1044
3. § 850 e	1045
V. Erweiterung der Pfändbarkeit gegenüber privilegierten Forderungen	1046
VI. Erweiterungen der Pfändbarkeit als Gläubigerschutz	1047
1. Lohnschiebungen	1047
2. Lohnverschleierungen	1048
VII. Pfändungsschutzverfahren und Modifikationen	1049
1. Grundlagen	1049
2. Fehlerfolgen	1049
3. Verzicht auf Unpfändbarkeit	1049
4. Materiell-rechtlicher Ausgleich	1050
5. Modifikationen (§§ 850 f und 850 g)	1050
§ 57. Die Vollstreckung in Sachforderungen	1052
I. Bewegliche Sachen	1052
II. Unbewegliche Sachen	1054
§ 58. Die Vollstreckung in andere Vermögensrechte	1056
I. Pfändung	1058
1. Drittschuldner	1058
2. Pfändung ohne Drittschuldner	1059
3. Besonderheit bei Nutzungsrecht (§ 857 IV 2)	1059
II. Verwertung	1059
III. Einzelne Rechte	1059
1. Reallast, Grundschuld, Rentenschuld	1060
2. Dienstbarkeiten und sonstige Rechte an Grundstücken	1062
3. Anteilsrechte	1063
4. Anwartschaftsrechte	1066
5. Schuldrechtliche Gebrauchs- und Nutzungsrechte	1068
6. Immaterialgüterrechte	1068
7. Internet – Domains	1070
8. Vermögensrechtliche Bestandteile von Persönlichkeitsrechten	1070
§ 59. Das Verteilungsverfahren	1071
I. Voraussetzungen	1071
II. Zuständigkeit	1072
III. Der Verlauf des Verteilungsverfahrens	1072
1. Aufforderung zur Anmeldung	1072
2. Aufstellung des Teilungsplans	1073
3. Verteilungstermin	1073
4. Rechtsbehelfe	1073
5. Mündliche Verhandlung	1074
IV. Die Widerspruchsklage	1075
§ 60. Offenbarungsverfahren	1077
I. Die Voraussetzungen der Offenbarungsversicherung	1080
1. Eidesstattliche Versicherung zur Vermögensoffenbarung	1080
2. Eidesstattliche Versicherung bei der Forderungspfändung	1084
3. Eidesstattliche Versicherung bei der Herausgabevollstreckung	1084
II. Das Verfahren zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	1084
1. Zuständigkeit	1084

Inhalt

2. Antrag	1085
3. Amtsprüfung	1085
4. Termin	1085
5. Ende des Verfahrens	1090
III. Die Haft	1090
IV. Das Schuldnerverzeichnis	1091
V. Die Neuregelung der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung	1093
1. Die Vermögensauskunft des Schuldners und die Einholung von Auskünften Dritter	1093
2. Erzwingungshaft und Vermögensauskunft des verhafteten Schuld- ners	1095
3. Schuldnerverzeichnis	1096
Zweites Kapitel. Die Geldvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	
§ 61. Überblick und Grundzüge	1099
I. Die Arten der Immobiliervollstreckung	1100
II. Gesetzliche Grundlagen	1101
III. Vollstreckungsorgane und Verfahren	1102
IV. Beteiligte	1104
1. Die Parteien	1104
2. Realgläubiger	1106
3. Anmeldungseteiligte	1106
4. Weitere Beteiligte	1107
V. Die Berücksichtigung der Rechte und ihre Rangordnung	1107
VI. Grundstücksrechte der ehemaligen DDR in der Zwangsversteigerung ..	1109
§ 62. Die Anordnung, Aufhebung und einstweilige Einstellung der Zwangsver- steigerung	1110
I. Die Anordnung der Zwangsversteigerung	1111
1. Antrag	1111
2. Versteigerungsbeschluss und Beitritt	1111
3. Beschlagnahme und Wirkungen	1113
II. Die Aufhebung und einstweilige Einstellung der Zwangsversteige- rung	1114
1. Aufhebung	1114
2. Einstweilige Einstellung	1116
3. Amtszustellung	1118
§ 63. Die Vorbereitung der Versteigerung	1118
I. Terminbestimmung	1118
II. Festsetzung des Grundstückswertes	1120
§ 64. Das geringste Gebot und die anderen Versteigerungsbedingungen	1122
I. Geringstes Gebot, Bargebot, Mindestgebot	1123
II. Die anderen Versteigerungsbedingungen	1126
III. Die Versteigerung mehrerer Grundstücke	1128
IV. Vertragliche Vereinbarungen	1130
§ 65. Die Versteigerung	1130
I. Äußerer Ablauf	1131
II. Die Gebote	1132
1. Rechtsnatur und Wirksamkeitsvoraussetzungen	1132
2. Zulassung und Zurückweisung von Geboten	1133
3. Erlöschen der Gebote	1134

Inhalt

4. Bieterkaution	1134
5. Fehlen eines wirksamen Gebots	1135
§ 66. Der Zuschlag und seine Wirkungen	1135
I. Die Entscheidung über den Zuschlag	1136
1. Versagung des Zuschlages	1137
2. Erteilung des Zuschlages	1138
3. Rechtsmittel gegen die Zuschlagsentscheidung	1138
II. Die Wirkungen des Zuschlages	1139
1. Wirkungen gegenüber Ersteher und bisherigem Eigentümer	1140
2. Wirkungen gegenüber den Inhabern sonstiger Rechte am Grundstück	1141
3. Wirkungen gegenüber Besitzern	1143
4. Verfahrensrechtliche Wirkungen	1143
§ 67. Die Verteilung des Erlöses	1143
I. Die Aufstellung des Teilungsplans	1144
1. Teilungsmasse	1144
2. Bestehen bleibende Rechte	1145
3. Schuldenmasse	1145
4. Verteilung	1146
5. Verhandlung über den Teilungsplan	1146
II. Die Ausführung des Teilungsplans	1147
1. Verteilung durch Auszahlung	1147
2. Verteilung durch Forderungsübertragung	1147
3. Wirkungen	1147
4. Berichtigung des Grundbuchs	1148
5. Löschungsanspruch	1149
§ 68. Die Zwangsverwaltung	1149
I. Zweck und Regelung der Zwangsverwaltung	1151
1. Zweck	1151
2. Gesetzliche Regelung (Überblick)	1151
II. Die Anordnung der Zwangsverwaltung	1152
1. Anordnung durch Beschluss	1152
2. Wirkungen (Beschlagnahme)	1152
III. Der Zwangsverwalter	1153
1. Bestellung des Zwangsverwalters	1153
2. Rechte und Pflichten des Zwangsverwalters	1154
IV. Das Verteilungsverfahren	1156
1. Aufstellung des Teilungsplans	1156
2. Rechtsbehelfe	1156
3. Ausführung des Teilungsplans	1157
V. Die Aufhebung der Zwangsverwaltung	1157
§ 69. Die Zwangshypothek	1158
I. Das Wesen der Zwangshypothek	1158
II. Die Eintragung der Zwangshypothek	1159
1. Grundlagen der Eintragung einer Zwangshypothek	1159
2. Verfahren der Eintragung	1160
III. Die Wirkungen der Eintragung	1161
1. Materiell-rechtliche Wirkungen	1162
2. Prozessuale Folgen	1162

Inhalt

Zweiter Abschnitt. Die Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche als Geldforderungen (Individualvollstreckung)

§ 70.	Die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen	1163
	I. Das Anwendungsgebiet der Herausgabevollstreckung	1165
	1. Bewegliche Sachen	1165
	2. Unbewegliche Sachen	1167
	II. Die Durchführung der Herausgabevollstreckung	1167
	1. Bewegliche Sachen	1168
	2. Unbewegliche Sachen	1168
	III. Drittgewahrsam	1173
§ 71.	Die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen	1174
	I. Das Anwendungsgebiet der Handlungsvollstreckung	1176
	1. Vertretbare Handlungen	1176
	2. Unvertretbare Handlungen	1178
	3. Besonderheiten und Ausnahmen	1180
	II. Die Durchführung der Handlungsvollstreckung	1183
	1. Vertretbare Handlungen	1184
	2. Unvertretbare Handlungen	1185
§ 72.	Die Erwirkung der Abgabe von Willenserklärungen	1186
	I. Die Voraussetzungen des § 894	1187
	1. Abgabe einer Willenserklärung	1188
	2. Verurteilung	1189
	3. Bedeutung vorläufiger Vollstreckbarkeit	1190
	II. Die Wirkungen des § 894	1191
	1. Ersetzung der Willenserklärung des Schuldners	1191
	2. Sonstige Handlungen und Maßnahmen	1192
	3. Verfahrensrechtliche Wirkungen	1192
	4. Materiellrechtliche Sonderfolgen	1193
§ 73.	Die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Duldungen und Unterlassungen	1194
	I. Der Anwendungsbereich der Duldungs- und Unterlassungsvollstreckung	1195
	II. Die Durchführung der Duldungs- und Unterlassungsvollstreckung	1197
	1. Androhung der Ordnungsmittel	1197
	2. Zuwiderhandlung	1198
	3. Festsetzung der Ordnungsmittel	1199
	4. Vollstreckung der Ordnungsmittel	1201
	5. Sicherheitsleistung nach § 890 III	1202
	III. Die Rechtsnatur der Ordnungsmittel nach § 890	1202

Drittes Buch. Der einstweilige Rechtsschutz

Einleitung. Die Struktur des einstweiligen Rechtsschutzes

§ 74.	Begriff und Aufgabe der Maßnahme des einstweiligen Rechtsschutzes	1205
	I. Die Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes	1206
	II. Das Konzept der ZPO	1207
	III. Grundzüge des Arrest- und Verfügungsverfahrens	1208
	1. Der Arrest- und Verfügungsprozess	1208

Inhalt

2. Die Arrest- und Verfügungsvollziehung	1212
3. Schadensersatz	1212
Erster Abschnitt. Die Voraussetzungen von Arrest und einstweiliger Verfügung	
§ 75. Der Arrest	1213
I. Die Arten des Arrestes	1214
II. Die Voraussetzungen des Arrestes	1214
1. Der Arrestanspruch	1214
2. Der Arrestgrund	1215
3. Glaubhaftmachung	1219
4. Konkurrenz von Arrest und einstweiliger Verfügung	1219
§ 76. Die einstweilige Verfügung	1219
I. Die Arten der einstweiligen Verfügung	1222
II. Die Voraussetzungen der einstweiligen Verfügung	1222
1. Sicherungsverfügung (§ 935)	1222
2. Regelungsverfügung (§ 940)	1226
III. Unzulässigkeit aus besonderen Gründen	1237
IV. Verhältnis der Leistungsverfügung zum Hauptprozess	1238
Zweiter Abschnitt. Verfahren und Vollziehung des Arrestes und der einstweiligen Verfügung	
§ 77. Der Arrestprozess	1239
I. Die Anordnung des Arrestes	1239
1. Zuständigkeit	1239
2. Parteien	1241
3. Antrag	1241
4. Entscheidung	1242
II. Die Aufhebung des Arrestes	1246
1. Widerspruch	1246
2. Aufhebung wegen veränderter Umstände	1247
3. Aufhebung nach Ablauf der Frist zur Klageerhebung	1249
4. Konkurrenz der Rechtsbehelfe	1249
§ 78. Die Vollziehung des Arrestes	1250
I. Die Vollziehungsfrist	1251
1. Einhaltung der Monatsfrist	1252
2. Einhaltung der Wochenfrist bei Vollziehung vor Zustellung	1254
II. Die Art und Weise der Vollziehung	1254
1. Vollziehung vor Zustellung	1254
2. Überblick	1254
3. Einzelheiten der Vollziehung des dinglichen Arrestes	1255
III. Die Einstellung und Aufhebung der Vollziehung	1259
§ 79. Der Verfügungsprozess und die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	1259
I. Die Anordnung und die Aufhebung der einstweiligen Verfügung	1260
1. Zuständigkeit	1260
2. Parteien	1261
3. Antrag und Entscheidung	1262
4. Aufhebung der einstweiligen Verfügung	1265
II. Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	1266
1. Fristen	1266
2. Art der Vollziehung	1268
3. Einwendungen gegen die Vollziehung	1269

Inhalt

Dritter Abschnitt. Schadensersatz nach einstweiligem Rechtsschutz

§ 80. Die Schadensersatzpflicht bei ungerechtfertigten Maßregeln des einstweiligen Rechtsschutzes	1270
I. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs	1272
1. Schadensersatz wegen ungerechtfertigter Anordnung	1272
2. Schadensersatz wegen Aufhebung der Maßnahme	1274
II. Umfang des Schadensersatzanspruchs	1275
Paragrafenregister (einschließlich Verwaltungsvorschriften)	1279
Sachregister	1303

beck-shop.de